

## **Beschluss des Landrats vom 25.05.2023**

Nr. 2195

### **15. Die Region Basel fit für Wasserstoff machen** 2023/66; Protokoll: ps

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als Postulat entgegen.

**Martin Dätwyler** (FDP) erwähnt, vor rund einem Monat habe im Rahmen der trinationalen Initiative «3H2» ein Forum zu diesem Thema stattgefunden. Rund 360 Personen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung folgten der Einladung. Das Interesse, was grüner Wasserstoff im Rahmen der künftigen Energiepolitik zu leisten vermag, war sehr gross. Es war beeindruckend, zu sehen, welche Chancen unterschiedlichste Unternehmungen in dieser Technologie erkennen und auch bereit sind, künftig zu investieren. Die Unternehmen zeigten auf, wo sie Chancen sehen und wo heute bereits investiert wird. Es war auch zu erfahren, dass Frankreich und Deutschland schon einige Schritte weiter sind, Entwicklungsstrategien zur Schaffung eines Wasserstoff-Ökosystems definiert haben und dabei sind, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Schweiz und insbesondere die Region Basel dürfen bei diesem Prozess nicht ins Hintertreffen geraten. Als Tor zur Schweiz mit den Schweizerischen Rheinhäfen und einer starken Industrie bietet die Region viele Chancen für den Wasserstoff. Bund und Kanton müssen Strategien entwickeln, wie sich die Rahmenbedingungen gestalten sollen, um Wasserstoff zu transportieren, zu lagern und zu produzieren. Am Forum war man sich einig, dass die Region Basel mit den Rheinhäfen ein Stern für diese Technologie sein könnte. Also soll dafür gesorgt werden, dass dieser Stern zu leuchten beginnt. Mit dem Vorstoss soll sichergestellt werden, dass die Weichen für diese Technologie im Kanton rechtzeitig und richtig gestellt werden, damit Investitionen erfolgen können und ein Beitrag zur Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz geleistet werden kann. Insbesondere ist an Grundlagen zu denken, wo Wasserstoff produziert und gelagert werden kann und wo eine Pipeline durchführen soll. In Frankreich ist diese bereits auf der Höhe von Strasbourg. Die Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um nicht überrascht zu werden. Es braucht ein deutliches Signal, weshalb der Vorstoss in Form einer Motion eingereicht wurde. Wer befürchtet, dass damit voreilig Tatsachen geschaffen werden, kann beruhigt sein, denn die nachgelagerten Verfahren wie die Anpassung des Richtplans und der Gesetze werden damit nicht übersteuert. Im Mittelpunkt steht eine Strategie mit griffigen Massnahmen zur Umsetzung. Es braucht ein deutliches Signal für eine nachhaltige Technologie mit viel Potenzial in der Mobilität, der Industrie und der Energieversorgung.

**Urs Kaufmann** (SP) sagt, die SP-Fraktion könne das Signal unterstützen. Es ist wichtig, dass die Energieversorgung in der Region mit grünen Energieträgern, wozu Wasserstoff gehört – wenn auch nicht a priori, besser abgesichert werden kann und grüner sowie CO<sub>2</sub>-freier wird. Es ist entscheidend, dass der Regierungsrat dies an die Hand nimmt und eine Strategie erarbeitet. Diese Aufgabe muss jedoch auch auf schweizerischer Ebene angegangen werden. Gerade im Bereich der Wasserstoffleitungen hat der Bundesrat bekanntgegeben, dass er für deren Bewilligung zuständig ist. Der Kanton hat hier keinen Handlungsspielraum, um eine Strategie festzulegen. Die Strategie kann, vielleicht über den Wasserstoff hinaus, auch Biogas umfassen. Betrachtet werden sollten Orte für Anlagen, Leitungen und Umschlagplätze. Jedoch ist das Ganze noch nicht so weit fortgeschritten, dass dem Regierungsrat ein Auftrag zur Anpassung des Richtplans erteilt werden kann oder Anpassungen bei Gesetzen vorgenommen werden können, um die Wasserstoffwirtschaft zu begünstigen, wie dies in der Motion gefordert wird. Deshalb soll ein klares Signal gesetzt

werden – die Strategie muss ausgearbeitet werden – jedoch liegen noch nicht alle Grundlagen vor, auch auf Bundesebene nicht, wie diese Technologie sich entwickeln und welche Bedeutung der Wasserstoff in Zukunft haben wird. Deshalb kann noch nicht gesagt werden, welche Flächen freigehalten und welche Leitungen gebaut werden müssen. Der Vorstoss kann als Postulat überwiesen werden, damit eine Strategie ausgearbeitet und ersichtlich wird, in welche Richtung es gehen kann. Es handelt sich um eine Daueraufgabe, die Strategie nachzuführen, weil sich die Technologien zur Nutzung von Wasserstoff und anderen grünen Energieträgern rasant verändern. Die SP-Fraktion unterstützt ein Postulat, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen.

**Markus Dudler** (Die Mitte) sagt, die Region solle fit für den Wasserstoff gemacht werden. Die Mitte/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass das Thema Wasserstoff in der Vergangenheit im Unterschied zu Photovoltaik oder energetischen Gebäudesanierungen stiefmütterlich behandelt wurde und es angezeigt ist, klare Rahmenbedingungen und eine Strategie zur Planung der Infrastruktur zu erarbeiten. Dies als Beitrag zur Decarbonisierung und zur Versorgungssicherheit. Deshalb stimmt die Fraktion einer Überweisung des Vorstosses sowohl als Motion als auch als Postulat zu.

**Peter Hartmann** (Grüne) erklärt, die Motion fordere den Regierungsrat auf, gemeinsam mit den Nachbarn eine regionale Wasserstoffstrategie auszuarbeiten. Die Rahmenbedingungen sollen angepasst und eine Kuratierung der Flächen soll vorgenommen werden. Das heisst, der Kanton soll die Flächen organisieren oder sich darum kümmern. Urs Kaufmann erwähnte, dass der Bund auch ein wichtiger Player ist. Auch der Regierungsrat verweist auf das Bundesamt für Energie, das aktuell eine nationale Wasserstoffstrategie erarbeitet. Allfällige Schritte auf kantonsebene möchte der Regierungsrat abgestimmt auf die nationale Strategie vornehmen, ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und bezeugt seinen Willen, am Thema dranzubleiben. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt das Vorgehen des Regierungsrats und die Überweisung des Vorstosses als Postulats. Wichtig ist, dass der Wasserstoff aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Gleichzeitig stellt sich da jedoch die Frage, wo es überschüssige erneuerbare Energie gibt, die in einem ausreichenden Umfang vorhanden ist, damit es sich ökonomisch lohnt.

**Andi Trüssel** (SVP) hält fest, die SVP-Fraktion unterstütze den Vorstoss als Motion. Die heutige Situation – die Sonne scheint und der Wind bläst etwas – gibt es häufig, und auf dem Netz befindet sich zu viel Energie und zu wenig Verbraucher. Was heisst das? Es besteht die Möglichkeit, in Birsfelden eine Turbine abzuschalten und das Wasser läuft ungenutzt übers Wehr hinunter. Es besteht das Problem, dass überschüssige Energie nicht gespeichert werden kann. Nun besteht mit dem vorliegenden Vorstoss eine Chance, wenn nun der Bund schon an einer Strategie arbeitet. Die umliegenden Länder verfügen bereits über eine und die Schweiz schläft, inklusive Baselbiet. Die Ressourcen werden damit verschwendet, zu begründen, weshalb ein Postulat besser ist. Es sollen Nägel mit Köpfen gemacht und die Motion soll überwiesen werden.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) führt aus, bezüglich des Ziels sei man sich einig. Der Regierungsrat unterstützt den Vorstoss. Aus seiner Sicht handelt es sich um ein Postulat. Dies ist jedoch am Schluss nicht ausschlaggebend. Auf diesem Gebiet besteht Handlungsbedarf. Eine Euphorie muss jedoch gedämpft werden: Es wird immer wieder von grünem Wasserstoff gesprochen. Wasserstoff wird mit Elektrolyse hergestellt und dafür wird viel Strom benötigt – und es geht Energie verloren. Der Wasserstoff ist, populistisch ausgedrückt, ein «Stromfresser». Es gibt grünen Wasserstoff, wenn Überschussstrom verwendet wird. Das kann ein Element einer künftigen Energieversorgung sein. Deshalb ist es wichtig, bei allen Möglichkeiten vorwärts zu machen und das Thema anzugehen. Man muss sich darüber Gedanken machen. Die Region mit ihren Transportrouten, der Hafenwirtschaft und potenziellen Flächen kann einen aktiven Beitrag leisten und auch dem Bund zuarbeiten. Auch wenn der Vorstoss als Motion überwiesen wird, bleibt es ein Postulat.

**Martin Dätwyler** (FDP) möchte im Kanton nicht erleben, was auf dem Forum der Fall war: Ein Bundesvertreter antwortete auf die Frage, ob der Bund den Anschluss an die Wasserstofftechnologie verschlafen habe, mit ja, man sei gerade aufgewacht. Der Kanton soll nicht in diesen Modus verfallen und einschlafen, unabhängig davon, ob ein Postulat oder eine Motion überwiesen wird. Es geht nicht um eine Begünstigung der Wasserstoffindustrie, sondern um eine nachhaltige Energieversorgung. Es braucht viel Denksport. Aber alle wissen, wie langsam die Mühlen mahlen, wenn es darum geht, Grundlagen für ein Bauprojekt zu schaffen. Weil es dem Redner wichtig ist, dass der Landrat ein deutliches Signal an den Regierungsrat sendet, wandelt er seinen Vorstoss in ein Postulat.

://: Der Vorstoss wird stillschweigend als Postulat überwiesen.

---